

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Die Briefe des Generals Voyron an Feldmarschall Waldersee.

Wir haben im heutigen Morgenblatt in einem kurzen Pariser Privat-Telegramm auf die Briefe an Graf Waldersee hingewiesen, die der französische General Voyron jetzt für gut befand, im "Matin" zu veröffentlichen. Bei der Wichtigkeit dieser "Affäre", die noch manche Erörterung hervorzuwirken dürfte, hatten wir es für angebracht, diese Dokumente ihrem Vorflut nach hier wiederzugeben:

Paris, 30. Dezember 1900.

Herr Marschall!

Ich habe die Ehre, Sie, General, den Empfang Ihres Briefes vom 26. Dezember zu bestätigen, und ich halte vor allem darauf, Ihnen die Versicherung zu geben, daß es niemals in meinen Intentionen gelegen hat, ebensowenig wie in denen des Generals Bailoud, einen Eingriff in das Prinzip der Gleichheit der Rechte der verbundenen Armeen gegenüber der deutschen Bevölkerung zu machen. General Bailoud hat sich einfach den Anforderungen alten Traditionen anpassen wollen, indem er den Schutz der katholischen Missionen über alle Überlegenheiten, wo die französische Mission in China vertreten ist, es hier nicht in meine Intentionen das höhere Prinzip, welches dieser Frankreich anvertrauten Mission zu Grunde liegt, zu diskutieren oder zu verweigern, aber ich halte darauf, General, meine eigenen Pläne zu veröffentlichen, alle Bewegungen des Oberbefehlshabers Frankreich zu respektieren, und ich bin überzeugt, daß es mir in der Folge leicht sein wird, dieses Ziel zu erreichen, ohne mich einer der Schwierigkeiten gegenüber den katholischen Missionen zu entschließen, welche zu den Schwierigkeiten des französischen Expeditionskorps gehören.

In diesen Schwierigkeiten hat General Bailoud, nach seiner Ankunft in Peking, unsere Missionäre wissen lassen, daß sie ihre Forderungen durch seine Vermittlung und nicht durch die des Generals Galle zu erledigen müßten, und daß er die zeitweilige, ausschließlich militärische Mission an die Spitze der vorliegenden Truppen gestellt ist, während die religiöse und politische Frage außerhalb seiner Kompetenz bleiben.

In der Veranlassung der höheren Offiziere unter Vorbehalt des Generals Galle, General, hat General Bailoud diese Erklärung fast gänzlich ignoriert, und es ist kein prinzipieller Widerspruch erhoben worden.

Ich halte also, nach einmal darauf, General, Galle's Verhalten zu beurteilen, daß nach meiner Ansicht die Gleichheit der Rechte der verbundenen Armeen gar nicht in Frage steht und darum auch nicht betroffen sein kann. Unsere französischen Missionen betrauten uns als natürliche Vermittler in der Frage, welche gegenüber den deutschen Militärbehörden aufzuweisen sind, hier diese Standpunkt hindert uns nicht, die Rechte dieser Behörden durchaus zu achten, und es kommt uns gar nicht einfallen, uns in Fragen der inneren Disziplin der Truppen einzumischen, welche diese Angelegenheiten in gewissen Fällen involvieren könnten.

(H.) Voyron.

Paris, 16. November 1901.

Herr Marschall!

Ich habe die Ehre, Sie, General, den Empfang des Armeebefehls vom 12. November zu bestätigen, den Sie mir freundlichst mitgeteilt gerubten. Das französische Expeditionskorps wird sich heute den gleichzeitigen Befehlen anpassen, welche ich Ihnen erstattet habe, und deren Inhalt in meinem Briefe vom 8. November Nr. 23 enthalten ist, welchen ich an Sie, General, geschickt habe.

Ich muß übrigens hinzufügen, daß es nicht richtig ist, wird, den Truppen, welche sich nach dem neuen Befehl und unter neuen Verhältnissen befinden, vorzuziehen. Sie werden nur den Regeln gehorchen, welche von Anfang an angewendet haben, und die uns ausgezeichnete Resultate geliefert und unsere Position in dem Lande beträchtlich verbessert haben.

Wir haben in der Tat einige Punkte allein und ohne Zerteilung befehligt und bewacht, um dort, da wir allein waren, auch ausschließliche Rechte zu haben (Wahlrechte, Eisenbahnen u. s. w.). In den anderen Fällen, welche sich in irgend einem Orte vor den Detachements der anderen Mächte festsetzen, empfehlen, die Einmüthigkeit auch der anderen Detachements zu erwidern, wenn die Bedürfnisse des Landes es erfordern, und die Angelegenheiten, die sich nach uns dort ereignen zu lösen.

Was die Requisitionen betrifft, so erlaube ich mir die Aufmerksamkeit General, Galle's auf einen wichtigen Punkt zu lenken, in dem das Interesse der verbundenen Kontingente identisch mit dem der französischen Truppen ist. Ein Detachement, das sich seit einiger Zeit in einem Orte festgesetzt hatte, hat es verstanden, sich dort zu erwidern und die Bevölkerung in die verschiedenen Dörfer zu zerstreuen. Das gewöhnliche Recht beginnt wieder, die zurückzuführen. Das gewöhnliche Recht beginnt wieder, die zurückzuführen. Das gewöhnliche Recht beginnt wieder, die zurückzuführen.

Die Beschlüsse sind eine derartige, wo die Gesichtspunkte der Hauptstädte, welche die Nationen genügt, zu analysieren, damit alle Nationen sich vornehmen, sie in die Welt zu erklären.

Was endlich die Frage betrifft, so muß ich Sie, General, aufgeben, das gewöhnliche Recht zu erklären, aber nur durch die Einwirkung der erlassenen Vorschriften, von denen in dem Armeebefehl, den Sie, General, mir mitgeteilt haben, die Rede ist, werden durchaus genügen, um jede Meinungsverschiedenheit zu vermeiden, welche durch die verschiedenen Mächte entstehen könnten. Diese können, welche durch die verschiedenen Mächte entstehen könnten, diese können, welche durch die verschiedenen Mächte entstehen könnten.

die Ehre aller zivilisierten Nationen sind, und welche oft die Stärke ihrer Waffen bilden.

(H.) Voyron.

Peking, 10. Dezember 1900.

Herr Marschall!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 8. Dezember bezüglich eines Projekts der Organisation der Stadt Peking vom Standpunkt der Polizei und der Provisionen, welche diesem Projekt beizugehen war, zu bezeugen. Ich habe mit dem größten Interesse und der größten Sorgfalt alle Fragen geprüft, welche diese Organisation anwirft, und ich werde mich gefreuen, hierunter die verschiedenen Gesichtspunkte zu diskutieren, um daraus hervorzugehen zu lassen, ob diese Organisation vorzuziehen oder nachlässig ist, indem ich mich dem Standpunkt der gemeinsamen Interessen der Mächte, wie der besonderen Interessen stelle, mit denen ich betraut bin.

Grundsätzlich sind wir in der französischen Section seit langem bemüht, eine so tüchtige Verwaltung wie möglich einzuführen, und wir sind dabei durch dieselben Nothwendigkeiten und Gründe geteilt worden, welche Sie, General, die Schaffung eines allgemeinen und einheitlichen Systems für die ganze Stadt Peking wünschenswert machen.

Die drei ersten Punkte: 1. Öffentliche Sicherheit und Ordnung, 2. Armenpflege und Volkserziehung, 3. Öffentliche Hygiene, sind der Gegenstand allgemeiner Vorschriften gewesen; ihre Anwendung, bereits seit mehr als einem Monat, gibt befriedigende Resultate, und wir erwarten noch bessere. Was die vierte Frage betrifft: Verwaltung der Finanzen und Steuern, so erhebt sie sich in keine Frage, General, Galle, auszuweisen, daß ich mich in keiner Weise bezüglich dieser Gesichtspunkte bei anderen Mächten gegenüber binden konnte, nicht gegenüber einer Kommission, welche ein französisches Mitglied enthielt. Ich kam in dieser Frage mit direkten Befehlen von meiner Regierung empfangen, was mir nicht erlaubt, in irgend einer Weise Eingriffe allgemeiner Natur, welche in Peking getroffen sind, anzunehmen.

Die Abteilungen, welche ich erklären habe, und das Studium, welches ich bezüglich der administrativen Organisation der französischen Section (Peking) angestellt habe, beweisen mir, daß die von Sie, General, vorgeschlagenen Maßnahmen bereits eine öffentliche Anwendung erhalten haben; die Durchführung der Statuten, welche Sie mit übermitteln, ist bis auf einige Details befriedigend, welche durch den Rath der Statuten unserer Section erlassen ist, ein Rath, der schon neben der Kommission funktioniert, welche ich in Uebereinstimmung mit dem französischen Exarchen in China einrichtete habe.

Es erübrigt sich also, mir noch zu prüfen, ob es ein Interesse ist, eine einheitliche Verwaltung für die Anwendung der Maßnahmen für öffentliche und militärische Ordnung und Sicherheit zu haben. Diese Frage ist in der Verwaltung der Statuten, die großen Erfolg in der Verwaltung der öffentlichen Sicherheit besitzt und in negativen Sinne entschieden worden.

Ich habe das Protokoll einer internationalen Versammlung in London, welche unter Vorbehalt des Generals Voyron festgehalten hat, und welches auch ein Offizier beibrachte, der das deutsche Offizierskorps vertrat. Diese Kommission sagt in ihrem Protokoll: "Die Frage, einen einzigen Polizeichef für die ganze Stadt Peking zu ernennen, ist im Prinzip gut, aber mit Rücksicht auf die verschiedenen Zustände, die großen Erfolg in der Verwaltung der öffentlichen Sicherheit besitzt und in negativen Sinne entschieden worden."

Ich schreibe mich dieser Meinung an, und ich muß den angeführten Gründen noch hinzufügen, daß man in allen großen Städten der Welt, und Peking ist eine solche, das System der Dezentralisation befolgt hat, weil man erkannt hat, daß es über die Kräfte einer einzelnen Person oder einer Kommission hinausginge, in einer einzigen Hand alle Fragen der allgemeinen Verwaltung, welche die öffentliche Sicherheit interessieren, zu vereinigen. So hat man auch in Paris die Dezentralisation erreicht, die verschiedenen Sectionen (Peking), welche von jeder Macht befehligt sind, repräsentieren die verschiedenen Interessen, und es hat vordurch ein Interesse, auf diesem System etwas zu ändern.

Endlich geht aus dem Projekt, welches Sie, General, mir mit übermitteln hat, hervor, daß die militärische Verwaltung in allen Fällen die öffentliche Ordnung und die öffentliche Sicherheit in der Kompetenz der Kommission fallen sollte, von der die Rede ist. Es ist notwendig, in diesem besonderen Punkte die Dinge in eine sehr deutliche Weise darzustellen: Jede Macht soll in dieser Kommission durch ein Mitglied vertreten sein; aber da Sie, General, der militärische Chef der größten Zahl der Kontingente ist, und da Sie sich andererseits das Recht vorbehalten, den General zu ernennen, welcher Präsident derselben sein soll, so ist daraus in Wirklichkeit doch der Vorbehalt des Statuts des französischen Kommandanten zum Beispiel nicht im richtigen Verhältnis zur Wichtigkeit des französischen Expeditionskorps, welches in Peking konzentriert.

ausgezeichneten Diplomaten zu sein verstehen. Interessexendens beweisen diese Briefe des Generals Voyron aber weiter nichts, als daß die französischen Befehlshaber von ihrer Regierung die Instruktion erhalten hatten, das Oberkommando des Grafen Waldersee, das die französische Regierung offiziell anerkannt hatte, möglichst so weit als möglich illusorisch zu machen. Es ist eine politische oder politische, wo man nicht den Mut hatte, seine wahre Meinung gerade heraus zu sagen. Nur um so größer und in um so hellerem Lichte erscheint angeht solcher Dummheit die Mission, welche Graf Waldersee in Peking erfüllt hat.

Die Regierung ist gekommen, Handelsverträge und Sanatorien zu gleicher Zeit zu erlassen und wird daher dem Landtage im Frühjahr abermals eine Sanatorienvorlage mit gewöhnlichen Veränderungen, die die Zustimmung der konservativen erleichtern sollen, vorlegen. So schreibt die "Zagl. Rundschau" in ihrer Sonntagsausgabe. Danach ist das genannte Blatt über die Vorarbeiten der Regierung sehr unzufrieden, daß die Sanatorien in denjenigen Stellen, welche eine solche Vorlage vorbereiten hätten, ist von denjenigen Intentionen der Regierung nicht bekannt, ist von der Regierung nicht bekannt, ist von der Regierung nicht bekannt, ist von der Regierung nicht bekannt.

Die Nationalliberalen und die Vertragspolitik.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei hat nunmehr zu der Frage "Zolltarif und Handelsverträge" Stellung genommen und zwar in einer gestern hier in Berlin abgehaltenen Sitzung. Wie uns geschrieben wird, sagte er nach folgender Rede die folgende Resolution:

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei spricht die Erwartung aus, daß der zur Zeit dem Bundesrat vorliegende Entwurf eines Zolltarifs sich mit positiver Zustimmung der Reichsversammlung befriedigend befriedigen wird. Die Reichsversammlung hat die folgenden Beschlüsse gefaßt: Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei spricht die Erwartung aus, daß der zur Zeit dem Bundesrat vorliegende Entwurf eines Zolltarifs sich mit positiver Zustimmung der Reichsversammlung befriedigend befriedigen wird. Die Reichsversammlung hat die folgenden Beschlüsse gefaßt: Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei spricht die Erwartung aus, daß der zur Zeit dem Bundesrat vorliegende Entwurf eines Zolltarifs sich mit positiver Zustimmung der Reichsversammlung befriedigend befriedigen wird. Die Reichsversammlung hat die folgenden Beschlüsse gefaßt:

Offenbar hat die nationalliberale Parteiführung den Beschluß gefaßt, um den sich ergebenden Parteienkonflikt im Lande und in den Abgeordneten, gegenüber den Wünschen der auf sie einbringenden Agrarier, den Rücken etwas zu rücken. Hoffen wir, daß wenigstens dieser Zweck erreicht werde. Mehr dürfte man von den Nationalliberalen nach ihrer bisherigen Haltung überhaupt nicht erwarten.

Der Beschluß des Centralvorstands der nationalliberalen Partei dürfte aber in anderer Hinsicht sein Gutes stiften: er zeigt der Regierung, daß sogar die auf sie die Agrarier in die erste, die Erhöhung der Agrarzölle aber erst in die zweite Reihe stellt.

Eine internationale Konferenz in der Sache der Handelsverträge.

Siehe internationale Konferenz in der Sache der Handelsverträge schlägt in dem Zirkular des *Nicolaus Zerk* in Paris 1901 vor. Nachdem er noch einmal darauf hingewiesen hat, wie Europa vor einem Zoll- und Eisenbahnkrieg von unerhörter Schärfe und Verheerung steht, wenn die neuen Verträge nicht zu Stande kommen, spricht er sich wie folgt aus:

Ich verlange eine Art von Zollkonferenz zwischen den dieselben am meisten Befehligen nach dem Vorbilde des Friedensgerichtshofes im Haag vor der Hand, welche die Parteien der neuen Tarife die Möglichkeit des wirtschaftlichen Krieges in sich trägt. Wer könnte sich einer solchen Einladung entziehen?

Die Nationen mögen wohl beachten, welche große Verantwortung sie übernehmen, größer als sie gedacht, wenn sie sagen, sie würden eifrig in die Verhandlungen, die die Parteien nach der Genehmigung der neuen Tarife einleiten, eintreten, wenn die in der Reichsversammlung der Fälle von durch die Parteien nicht einmal Unrecht. Man muß den ersten Schritt, das erste Unrecht vermeiden. Alles rath dazu, unseren Vorschlag anzunehmen: die Verlängerung der Verträge bis zum Jahre 1904 zum Versuch zu benutzen, die für nichtig erklärten Veränderungen an den bestehenden Verträgen, die immer noch zu dem äußersten Noth, der Kündigung auf dem Fuß der Generalratifikation, deren Verhandlung bis dahin aufgehoben bliebe."